

EntschlieÙung zur Förderung der Integration der Informations- und Kommunikationstechnologie in die Bildungssysteme Europas

Die Europäischen Erziehungsminister, die aus Anlass der 21. Sitzung ihrer Ständigen Konferenz vom 10. bis 12. November 2003 in Athen zusammentreffen,

vertreten die Auffassung, dass die ständige Weiterentwicklung neuer Kommunikations- und Informationseinrichtungen dazu beitragen sollte, das Recht eines jeden zu fördern, Informationen und Ideen auszudrücken, nach ihnen zu suchen, sie zu empfangen und sie zum Nutzen jedes Einzelnen und einer demokratischen Kultur in der Gesellschaft weiterzugeben;

begrüssen diese Entwicklung als wichtigen Faktor, der allen Mitgliedstaaten und jedem Einzelnen die Möglichkeit gibt, sich am Aufbau einer Kommunikationsgesellschaft auf dem gesamten europäischen Kontinent zu beteiligen;

vertreten die Auffassung, dass die Bildungssysteme aller Mitgliedstaaten bei der Schaffung einer Wissensgesellschaft eine Schlüsselrolle spielen müssen;

nehmen Bezug auf:

- die Erklärung und den Aktionsplan, in dem die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Europarats auf ihrem zweiten Gipfel am 11. Oktober 1997 beschlossen haben, eine europäische Politik zur Anwendung der neuen Informationstechnologien zu entwickeln;
- die Erklärung des Ministerkomitees vom 7. Mai 1999 über eine europäische Politik im Bereich der neuen Informationstechnologien;
- die Erklärung über Bildungspolitiken für Demokratieerziehung und sozialen Zusammenhalt, die auf der 20. Sitzung der Ständigen Konferenz der Europäischen Erziehungsminister (Krakau, 14.-16. Oktober 2000) angenommen wurde;

sind überzeugt, dass der Einsatz neuer Kommunikations- und Informationseinrichtungen jedem einfachere und bessere Möglichkeiten zur

Beteiligung an der Verbreitung von Informationen, zur Beteiligung an einer Ausbildung und zur Teilnahme an der grenzüberschreitenden Kommunikation vermitteln kann, im Hinblick auf eine verstärkte internationale Verständigung und die gegenseitige kulturelle Bereicherung;

stellen fest, dass die Fähigkeiten und Kenntnisse, die erforderlich sind, um die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) anzuwenden, d.h. die digitale Alphabetisierung, als wichtig für das berufliche und tägliche Leben in der Kommunikationsgesellschaft angesehen werden müssen;

sind sich der Herausforderungen *bewusst*, denen die Bildungssysteme in Europa heutzutage bei der Umsetzung der am besten geeigneten pädagogischen Konzepte und Praktiken unter voller Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien gegenüberstehen, um das Lernen zu verbessern und allen Bürgern ein breiteres Spektrum an Lernmöglichkeiten und -einrichtungen anzubieten;

sind besorgt über die sozialen, wirtschaftlichen und technischen Diskrepanzen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene im Hinblick auf die Entwicklung der neuen Kommunikations- und Informationseinrichtungen sowie über die Gefahren einer digitalen Kluft, die sich aus dieser Entwicklung ergeben könnte;

sind überzeugt, dass die Ausbildung der gesamten Gesellschaft und insbesondere von Jugendlichen in der Nutzung dieser Technologien dazu beitragen kann, Ungleichheiten zwischen ihnen zu verringern und gleichzeitig ihre bessere Integration in die Welt der Information, der Kommunikation, des lebenslangen Lernens, in Kultur und Beschäftigung sicherstellen kann;

haben mit Interesse von den Problemen Kenntnis genommen, die in den Studien untersucht wurden, die im Rahmen des Projektes "Lernen und Lehren in der Kommunikationsgesellschaft" durchgeführt wurden (Dokumente CD-ED 2003 22 / 23/ 24), die die neuen Herausforderungen betreffen, denen die Bildungssysteme in Europa gegenüberstehen;

|

kommen überein, die nachstehenden Grundsätze in Übereinstimmung mit den nationalen Bildungspolitiken umzusetzen:

1. Die allgemeine Anwendung von Unterrichtspraktiken auf der Grundlage der Informations- und Kommunikationstechnologien in Bildungssystemen, sollte Folgendes beinhalten:

1.1 die Bereitstellung und Aktualisierung der Ausstattung in Unterrichtseinrichtungen (Hardware und Software) und die Gewährung von Unterstützung auf der Grundlage mehrjähriger Pläne;

1.2 die Versorgung von Lehrern und Schülern mit Infrastruktur, Softwareeinrichtungen und einem Breitband-Internetzugang, die sowohl in Quantität und Qualität ausreichend sind, um sicherzustellen, dass Unterrichtsaktivitäten auf der Grundlage der Informations- und Kommunikationstechnologien durchgeführt und in das Curriculum eingebracht werden können;

1.3 die Bereitstellung eines Breitband-Internetzugangs, der den Schülern außerhalb der Unterrichtszeiten zur Verfügung steht, insbesondere in Dokumentationszentren;

1.4 die Berücksichtigung von Computerkompetenzen bei der Beurteilung von Schülern, insbesondere innerhalb jedes Faches;

1.5 die Entwicklung der umfassenden Validierung und Anerkennung von Fähigkeiten im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien und ihre verstärkte Nutzung im Unterricht;

1.6 die Einführung einer Politik zur Unterstützung der Produktion von computerisierten Unterrichtsmitteln, insbesondere von Lernumfeldern, die die Zusammenarbeit zwischen Gleichaltrigen fördern und das Selbstvertrauen stärken sowie die Anwendung einer Qualitätscharta, die ethische und soziale Aspekte abdeckt, und die Entwicklung von Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und privaten Bereich (public/private partnerships), durch die in diesem Bereich eine entwicklungsfähige Wirtschaft geschaffen werden kann.

2. Politische Entscheidungsträger sollten Entwicklungen im Lehrerberuf unterstützen, indem sie:

2.1 bei der Einstellung neuer Lehrer Unterrichtskompetenzen auf der Grundlage der Informations- und Kommunikationstechnologien berücksichtigen; 2.2 in den Arbeitsplänen der Lehrer Unterrichtsaktivitäten mit den Informations- und Kommunikationstechnologien vorsehen;

2.3 bereits tätigen Lehrern regelmäßig im Laufe des gesamten Berufslebens Ausbildungsmöglichkeiten anbieten, damit sie sich angesichts der in diesem Bereich erzielten Forschungsergebnisse über die neuen Unterrichtstechniken und -praktiken auf dem Laufenden halten können.

3. Hochschuleinrichtungen, die sich mit der Aus- und Fortbildung von Lehrern befassen, sollten Lehre und Forschung auf den pädagogischen Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien konzentrieren:

3.1 die Lehrer des Primar- und Sekundarbereichs müssen in ihrer Ausbildung auf den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Fachunterricht vorbereitet werden

und bei ihrer Einstellung müssen ihre Fähigkeiten in diesem Bereich überprüft werden;

3.2 Hochschullehrer, die diese Grundausbildung vermitteln, sollten angehalten werden, in ihrem eigenen Kursen beispielhaft den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien zu zeigen und damit künftigen Lehrern Bezugspunkte geben und die Validität der IKT-Anwendungen wissenschaftlich verdeutlichen;

3.3 durch Fortbildungsprogramme sollten alle bereits im Beruf stehenden Lehrer die Möglichkeit erhalten, ihre beruflichen Fähigkeiten zu aktualisieren, indem die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien einbezogen wird, gleichzeitig sollten Anreize geschaffen werden, um Vorbehalte zu überwinden;

3.4 die Hochschulforschung über den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien und ihre Auswirkung auf das Lernen, die Unterrichtsmethoden und den Fachinhalt sollte gefördert und unterstützt werden;

3.5 diese Untersuchungen müssen soweit wie möglich auf den Unterrichtsrealitäten in europäischen Schulen aufbauen und die Forschungsteams an Universitäten sollten bereits im Beruf stehende Lehrer in ihre Arbeit einbeziehen;

3.6 diese Forschungstätigkeiten sollten so gestaltet werden, dass die Ergebnisse an Entscheidungsträger und Praktiker in einer Sprache und in einer Form weitergegeben werden, die auch Fachfremde verstehen können.

4. Es sollten politische Entscheidungen umgesetzt werden, um die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) beim Aufbau von Netzwerken anzuregen:

4.1 um die Aufstellung von Datenbanken zu unterstützen, die Einzelheiten über erfolgreiche Verfahren, Instrumente, Unterrichtshilfen enthalten; sie sollten aktualisiert und mit Hilfe von Projekten zur Verbreitung von Informationen erweitert werden;

4.2 in ganz Europa sollte die Zusammenarbeit zwischen Organisationen, die Materialien für das elektronische Lernen und Bildungsdatenbanken entwickeln, gefördert werden; ihre Anpassung an die lokalen Gegebenheiten sollte durch weniger restriktive rechtliche Regelungen und ausgewogene wirtschaftliche Modelle erleichtert werden;

4.3 Netzwerk- und Kooperationsinitiativen zwischen Lehrern, die das gleiche Fach oder auf gleicher Ebene unterrichten oder sich in diesem Fach spezialisieren (beispielsweise Kinder mit Behinderungen), die die Informations- und Kommunikationstechnologien auf beispielhafte Weise verwenden, sollten unterstützt werden, um das Lernen zu verbessern oder zur Lösung von Lernproblemen beizutragen;

4.4 die virtuellen Webseiten für den Dialog und Austausch zwischen Lehrern sollten gefördert werden;

4.5 die Verbreitung von Informationen über Techniken, Unterrichtsmethoden, Forschungsergebnisse und Hilfeersuchen sollten gefördert werden.

II

Empfehlen, dass das Ministerkomitee:

1. den ethischen und sozialen Aspekten in Verbindung mit den grundlegenden Kompetenzen in den Informations- und Kommunikationstechnologien besondere Aufmerksamkeit widmet;
2. weiterhin in seinem Arbeitsprogramm dem Fremdsprachenunterricht hohe Priorität einräumt, um sicherzustellen, dass alle im Bildungsbereich Tätigen effizient in fremden Sprachen kommunizieren können und den zunehmenden Reichtum an Informationen sowie an Kontakt- und Austauschmöglichkeiten voll und ganz nutzen können;
3. die Ausbildung von Lehrern und Lehrerausbildern in der pädagogischen Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien fördert;
4. die Entwicklung von Untersuchungen über die Integration der Informations- und Kommunikationstechnologien aus pädagogischer Sicht in alle Unterrichtsfächer fördert.

Übersetzung: Das Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland (I. Veiders)